

## Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 28.01.2015  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:25 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Grix, Helga

#### **SPD-Fraktion**

Meinen, Regina  
Meyer, Elfriede  
Scheffel, Enno

#### **CDU-Fraktion**

Risius, Andrea

für Albert Ohling

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Lechner, Katja

#### **FDP-Fraktion Grundmandat**

Fooker, Ralf

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Grix, Wilhelm  
Jensen, Imke  
Kruse, Helga

#### **Beratende Mitglieder**

Dietz, Ralf-Günter  
Engelberts, Birte  
Weber-Trappiel, Franziska  
Wilts, Elfriede  
Reibe, Ulf  
Sprengelmeyer, Thomas

#### **von der Verwaltung**

Lücht, Richard  
Szag, Elisabeth

#### **Gast**

Cords, Menso  
Frau Miethke

#### **Protokollführung**

Pelzers, Gaby

## Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 4** Modellprojekt Emotional Soziale Entwicklung in Ostfriesland (MESEO)  
Vorlage: 16/1552

**Herr Sprengelmeyer** begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass das Modellprojekt Emotional Soziale Entwicklung in Ostfriesland (MESEO) eigentlich auch ein Thema für den Schulausschuss sei. MESEO sei ein Projekt, durch das Grundschulen bzw. Lehrerinnen/Lehrer eine Beratung in Anspruch nehmen könnten, wenn das emotional soziale Verhalten von Kindern hierzu Anlass gebe. Hierzu stelle die Landesschulbehörde zwei Lehrerstellen zur Verfügung, die in Emden auf die Lehrerschaft der Förderschule aufgeteilt seien. Bisher beteilige sich die Stadt Emden an dem Modellprojekt mit einer Sozialarbeiterinnenstelle und die sei besetzt mit Frau K. Durch das Projekt sei man in der Lage, Lehrer an den Grundschulen zu beraten und über die Sozialarbeiterin auch die Familien aufzusuchen. Seit einiger Zeit bestehe auch ein großer Bedarf an Beratungen im Bereich der Inklusion. Es sei im Schulausschuss bzw. Jugendhilfeausschuss schon darüber gesprochen worden und es habe sich langsam in Emden ein Modell aufgebaut, welches mit der in Rede stehende Maßnahme einen weiteren Schritt machen würde. Herr Sprengelmeyer macht deutlich, dass Hilfeanfragen von Eltern dieser speziellen Art –sei es an den FB 500 oder den FB 600- im Falle einer rein gesetzlich orientierten Abarbeitung nicht innerhalb eines halben Jahres zu erledigen seien, verbunden mit den negativen Folgen für den betroffenen Unterrichtsbereich. Daher werde jetzt ressourcenorientiert vorgegangen, d. h. man stelle sich die Frage, was könnte von der Schule, vom Schüler, von den Eltern oder den Familien geleistet werden und was müsste dann noch zur Verfügung gestellt werden. Um dies abzuklären, habe es sich als am geeignetsten erwiesen, wenn zu Beginn unverzüglich eine Klärungsphase eingeleitet werde, um u. a. kurzfristig festzustellen, welche konkrete Hilfe eine Schülerin/ein Schüler benötige, welche Möglichkeiten, z. B. Projekte an der Schule, bereits vorhanden seien, und welche Ressourcen evtl. miteinander verbunden werden könnten. Wenn dieses Verfahren dann noch mit einer neutralen Stelle praktiziert werde, also ohne einen Träger, und unmittelbar die Anschlussmaßnahmen erfolgten, komme man zu einem schnelleren Ergebnis. Da die Förderschule gewisse Ressourcen, nämlich erhebliche Kompetenzen in der Beratung und dem ganzen Bereich der Förderschüler habe, und an den Schulen und auch im

## **Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015**

Sekundarbereich I im Rahmen der Inklusion schon mit einigen Stunden tätig sei, könne man sich vorstellen, durch eine maßvolle Verstärkung dieser Ressourcen letztlich den positiven Effekt einer Kostenersparnis zu erzielen. Zunächst habe man dann automatisch eine Klärung und im Rahmen dieser Klärung könne mit allen Schulen, der Schulsozialarbeit, mit dem Sozialen Dienst, und mit den Eltern ein Maßnahmenbündel entwickelt werden, welches dann am Ende der Klärungsphase von allen mitgetragen werde. Die Verfahrensweise sei unter Einbindung aller Beteiligten bereits erfolgreich getestet worden. Für den Fall, dass alle Ressourcen ausgereizt würden, müsse ggf. zeitlich befristet unter der Regie der Förderschule nachgelegt werden. Durch die Verlagerung der Stelle für schulbezogene Sozialarbeit vom Standort Cirkxenaschule zum Projekt MESEO, das an der Förderschule verankert sei, ergebe sich zudem der Vorteil, die Beratungsleistungen dieser Stelle allen Schulen zur Verfügung stellen zu können. Durch die Kooperation mit der Förderschule verbinde man die soziale Arbeit und die Kompetenzen von Förderschullehrern. Gemeinsame Fortbildungen müssen dann dafür sorgen, dass es gemeinschaftlich weitergehe.

**Frau E. Meyer** führt aus, das alles klinge nach einem tollen Projekt. Sie stellt die Frage, ob die Arbeit von der Förderschule in Verbindung mit den anderen Schulen gestreut werde und dann durch mehrere Instanzen gehe, um hinterher herauszufinden, wie könne dem Kind geholfen werden.

**Herr Dietz** merkt an, das Konzept sei gut durchdacht, aber vielleicht sollte man noch die Schulpsychologie mit ins Boot holen als beratende Instanz.

**Herr Sprengelmeyer** antwortet, wenn an den Schulen analysiert werde, welche Maßnahmen benötigt würden, werde durchaus auch die Schulpsychologie beteiligt, sofern dort Ressourcen frei seien. Darin sei durchaus auch eine individuelle Überprüfung enthalten, denn es gebe auch Fälle, die ein Gutachten erforderten, um herauszufinden, was ein Kind speziell an Unterstützung brauche. Wenn dieses Kind z. B. eine spezielle Therapie außerhalb der Schule beim Autisten-Zentrum brauche, dann müsse diese Maßnahme eingearbeitet werden. Bezugnehmend auf die Frage von Frau Meyer erläutert Herr Sprengelmeyer, dass es pädagogische Mitarbeiter im Rahmen der Ganztagschule, Schulsozialarbeiter, andere Projekte und Integrationshelfer gebe. Die derzeitige Situation sei schon so, dass im Rahmen der Inklusion den Schulen, Grundschulen und der Sekundarstufe I gewisse Stundenanteile durch die Förderschullehrer zur Verfügung stünden. Diese Stunden könnten jetzt genutzt werden. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Beispiel einer Sekundarschule I, an der zurzeit eine Maßnahme laufe. Die Sozialarbeiterin begutachte die Situation in der Klasse, wie sich der Schüler verhalte, insbesondere in den Pausen und evtl. auch im Sportunterricht. Ebenso werde das Verhalten der Lehrer angeschaut und Gespräche geführt. Die Sozialarbeiterin besuche z. B. die Familien zu Hause, natürlich sei das vorher so vereinbart worden. Darüber hinaus gebe es an der Schule einen Förderschullehrer, der mit einem gewissen Stundenanteil im Rahmen der Inklusion sowieso in die Beurteilung mit einbezogen sei. Aus einer gemeinsamen Analyse in Zusammenarbeit mit der städt. Fachstelle werde ein Maßnahmenbündel entwickelt, das versehen mit den Unterschriften der Schulleitung, der Lehrer, der Eltern, der/des Schülerin/Schülers und vonseiten der Stadt verbindlich werde. Dieses Vorgehen habe keinen unveränderbaren Status, sondern könne ggfs. nachgearbeitet werden. Ziel sei es, dass der Schüler oder die Schülerin möglichst selbstständig durchs Leben gehe und die persönliche Entwicklung fortgeschrieben bzw. gestärkt werde.

**Frau Weber-Trappiel** fragt, wie lange eine Klärungsphase sei, wenn in diesem Zusammenhang von einer Sozialarbeiterin die Rede sei, die für ein Kind zuständig sei, die aber flächendeckend ggf. eine Vielzahl von Fällen in unterschiedlichen Schulen zu betreuen hätte. Sei es möglicherweise so, dass sich die Sozialarbeiterin zunächst vier, fünf oder sechs Wochen an einer Schule aufhalte, um die Situation zu beurteilen, um sich dann der nächsten Schule zu widmen?

## **Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015**

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, dass für ein funktionierendes System Maßnahmen auch parallel erfolgen müssten. Grundsätzlich liege der Anreiz für alle Beteiligten darin, dass es eine unmittelbare Reaktion gebe und nicht erst mit einer wochen- oder monatelangen Verzögerung. Eine solche Verzögerung würde für die Schulen, das Kind und die Eltern ein unhaltbarer Zustand sein. Für die Klärungsphase seien bis zu acht Wochen angesetzt worden. Wenn sich aber innerhalb dieser Klärungsphase zeige, dass Maßnahmen unabwendbar seien, dann könnten diese Maßnahmen natürlich auch während der Klärungsphase auf den Weg gebracht werden. Das könnten z. B. Ausstattungs-Maßnahmen sein, z. B. der Bedarf nach einem speziellen Toiletten-sitz. Sollte eine Begleitung erforderlich sein, sollten entsprechende Maßnahmen ebenfalls bereits in der Klärungsphase umgesetzt werden. Wichtig sei es, die Notwendigkeit und den Umfang einer Begleitung schnell festzustellen, da sich im Falle einer Begleitung zwischen der Sozialarbeiterin und dem Kind Bindungen und Beziehungen aufbauen können, die es gilt vor dem Hintergrund eines professionellen Vorgehens so gering wie möglich zu halten.

**Beschluss:** Die bisherige Stelle für schulbezogene Sozialarbeit am Standort Cirkensenschule wird verlagert und dem Projekt MESEO zugeordnet.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 5** Veränderung des Betreuungsangebotes für Kindertageseinrichtungen in Emden  
Vorlage: 16/1553

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, dass er Herrn Ubben krankheitsbedingt entschuldigen müsse. Letztendlich gehe es in der Beschlussvorlage darum, dass in der Einrichtung Markuskindergarten, was den Frühdienst angehe, mehr als 10 Kinder betreut werden sollen, da ein entsprechender Bedarf vorhanden sei. Bei mehr als 10 Kindern sei allerdings eine zweite Betreuungskraft erforderlich. Hierfür sei ein Jahresbetrag von 3.000 € notwendig. Sollte es zu keiner Beschlussfassung kommen, könnten folglich nicht mehr als 10 Kinder dieses Angebot wahrnehmen.

**Herr Fooker** führt aus, dass er von einer Beschlussfassung ausgehe. Er weist allerdings darauf hin, dass er mit Blick auf die Begründung der Vorlage mit dem dort enthaltenen Ausblick erstaunt gewesen sei. Danach sei vor dem Hintergrund des Haushaltsdefizits fraglich, ob die ausgeweiteten Öffnungszeiten weiter ausgeweitet werden können. Auf der einen Seite sei man bestrebt, die Bevölkerungsanzahl zu erhöhen und plane in Conrebbersweg ein großes Baugebiet. Andererseits könne man –auch wenn ein Bedarf gegeben sei- diesem unter Umständen nicht gerecht werden. Insofern sei es wichtig, dass man sich auch für die Zukunft im Klaren sei, dass solchen Anträgen stattgegeben werden müsse, und zwar auch in Anbetracht der Haushaltslage.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, letztendlich obliege es der Politik, zu entscheiden.

**Beschluss:** Die beantragte und in der Begründung aufgeführte Erweiterung der Betreuungskapazität von mehr als 10 Kindern in der Sonderöffnungszeit für den Markuskindergarten wird grundsätzlich bewilligt. Die Erweiterung der Betreuungskapazität in der Sonderöffnungszeit wird vorerst zeitlich befristet für die Dauer von drei Jahren ab dem 01.08.2015 gewährt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015

**TOP 6** Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule (LuLGS)  
Vorlage: 16/1554

**Herr Sprengelmeyer** merkt an, dass sich durch das anstehende Ausscheiden des Projektleiters beim Projekt Lern- und Lebenswelt Grundschule (LuLGS) ein Einschnitt ergeben werde, daher stelle diese Beschlussvorlage zunächst eine grundsätzliche Informationsvorlage dar. In den letzten 14 Jahren habe Herr Sch. die entsprechende Projektarbeit bezogen auf Grundschulen, Hauptschulen und die Sekundarschulen I geleitet. Angefangen habe alles mit dem Printmodell Niko, das sich dann langsam zum Projekt LuLGS mit all seinen Facetten entwickelt habe. In den vorherigen Sitzungen sei das Projekt gelegentlich bereits vorgestellt worden. Herr Sprengelmeyer hebt die Notwendigkeit der Fortführung des Projektes hervor, das vom Rat zunächst bis zum Ende dieses Jahres beschlossen worden sei, auch wenn Herr Sch. zum 01.03.2015 aus dem Dienst der Stadt Emden ausscheide. Herr Sprengelmeyer erklärt weiterhin, dass er und Herr Sch. sich vorgenommen haben, alle Beteiligten –insbesondere die Schulen– an einen Tisch zu holen, um zu erörtern, wie es 2016 mit dem Projekt weitergehen könne. Vor diesem Hintergrund sei auch diese grundsätzliche Einbindung der Politik zu sehen, um eine grundlegende politische Meinungsbildung zu erzielen. Denn es sei für ihn nicht vorstellbar, dass ein Nachfolger von Herr Sch. nur befristet für ein halbes Jahr eingestellt werde. Daher wolle man sich mit den Trägern, das seien die AWO, Frau Becker-de Boer, Agilio, die Schulen, die Mitarbeiter der Lesenester und die Mitarbeiter der Mathestübchen zusammen setzen und besprechen, in welcher Struktur bzw. mit welchen Aufgabenschwerpunkten aus deren Sicht die Arbeit weitergemacht werden könne. In Abstimmung mit den genannten Akteuren werden dann der Politik entsprechende Vorschläge vorgelegt, die zur Beschlussfassung kommen könnten.

**Frau E. Meyer** fragt, ob es sich um eine Beschlussvorlage oder eine Informationsvorlage handeln würde. Nach Meinung von Frau Meyer handele es sich um ein wichtiges Projekt und daher bittet die SPD-Fraktion Herrn Sprengelmeyer bezüglich der Bereitstellung weiterer Informationen in die Fraktion zu kommen. Damit dann im nächsten Jugendhilfeausschuss im Februar darüber entschieden werden könne.

**Herr Sprengelmeyer** antwortet, es handele sich um eine Beschlusslage. Der Beschlussvorschlag beinhalte lediglich, dass alle Beteiligten zur Planung zusammenkommen könnten.

**Herr Grix** gibt zur Kenntnis, dass Herr Sprengelmeyer bereits eine Einladung für die bereits angesprochenen Akteure versendet habe. Der Termin sei am 11.02.2015.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, dann werde er am 10.02.2015 für weitere Informationen zur SPD-Fraktion gehen und am 11.02.2015 finde dann das Treffen mit den Trägern statt, um den weiteren Ablauf zu besprechen.

**Frau Grix** stellt fest, auf Wunsch der Fraktionen werde die Beschlussvorlage zurück in die Fraktionen verwiesen.

**Beschluss:** Verweisung an die Fraktionen

**TOP 7** Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit  
Vorlage: 16/1558

**Herr Reibe** führt aus, die Richtlinien der Jugendarbeit seien in diesem Ausschuss schon öfters diskutiert und auch beschlossen worden. Dennoch wolle er, kurz drauf eingehen, welche Stellung die Richtlinien im Gesamtkonzept einnehmen. Die Arbeit der Jugendarbeit werde in den §§ 11 und 12 SGB VIII formuliert. § 11 sei eher der inhaltliche Umfang und § 12 sei der Auftrag, was der örtliche Träger –die Stadt Emden– hinsichtlich der Jugendverbände machen soll oder

## **Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015**

muss. Es habe in letzter Zeit sehr viele bundesweite Diskussionen darum gegeben und von Herrn Prof. Wiesner sei nochmals ein Rechtsgutachten erstellt worden, in dem darauf hingewiesen werde, dass die Förderung der Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe darstelle. Anschließend erklärt Herr Reibe ausführlich anhand der Vorlage die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit bzw. die Änderungen und Neufassungen.

**Beschluss:** Die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit werden in der beigelegten, überarbeiteten Fassung (siehe Anlage) beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 8** Projekt Grundschule Westerborg Leben und Lernen, Zwischenbericht  
Vorlage: 16/1555

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, dass Herr Cords und die Schulleiterin der Westerborgschule, Frau Miethke einen Zwischenbericht über das Projekt Leben und Lernen an der Grundschule Westerborg geben werden. Im letzten Jahr sei das Projekt eingerichtet worden, nachdem es Anfang letzten Jahres in diesem Ausschuss vorgestellt worden sei. Letztendlich gehe es darum, zu untersuchen, wie die unterschiedlichen Rechtsgebiete (Schulgesetz, Eingliederungshilfe, Inklusion, Asylbewerberleistungsrecht) und die verschiedenen Akteure an einem Schulstandort zielgerecht und effektiv in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder sowie einer guten Schulbildung zusammenwirken können. Es gebe in der ganzen Bundesrepublik keine Schule, die über ein pädagogisches Konzept verfüge, dass die Thematik vollumfänglich darstelle. Um eine Vorgehensweise zu überprüfen, sei dieses Projekt an der Westerborgschule initiiert worden. Am 16.06.2014 sei die Auftaktveranstaltung im VHS-Gebäude unter der Moderation von Herrn Menso Cords (langjähriger Vorsitzender einer Jugendhilfeorganisation) erfolgt. Der Termin diene zur Information aller Beteiligten (Lehrer, pädagogische Mitarbeiter, Erzieher, Integrationshelfer, technisches Personal und Hausmeister), um ihnen insb. die Bedeutung ihre Einbindung in das Projekt zu verdeutlichen. In der eingerichteten Steuergruppe arbeiten die Schulleitung, die Stadt Emden und die Landesschulbehörde -vertreten durch Herrn Krömer- mit. Ebenfalls sei eine Projektgruppe unter der Bezeichnung - pädagogisches Handeln und Haltung – eingerichtet worden. Weiterhin führt Herr Sprengelmeyer aus, dass es im Rahmen des Projektes zurzeit Arbeitsgruppen zu den Themen Inklusion, Migration, Asyl und emotionale und soziale Entwicklung gebe. Das seien die herausragenden Anforderungen, die auf alle Schulen zutreffen würden. Die Themen werden über die Projektgruppe zusammengeführt und letztlich in der Steuergruppe beschlossen bzw. vorbereitet. Denn Ziel des Verfahrens sei es, den politischen Gremien (Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und dem Rat) inhaltliche, strukturelle und organisatorische Standards bezogen auf die Grundschulen an die Hand zu geben oder zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Herr Cords** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt Grundschule Westerborg Leben und Lernen vor. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau Grix** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Miethke** führt aus, wie der Ausschuss bereits festgestellt habe, sei im letzten Jahr inhaltlich sehr viel gearbeitet worden. Die Schule sei sehr froh, dass Herr Sprengelmeyer dieses Projekt ins Leben gerufen habe. Die Schule hatte große Probleme im Umgang mit den Neuzugängen, die kein Deutsch beherrschen oder mit Kindern mit emotionalen Auffälligkeiten. Daher seien viele Meldungen an MESEO gerichtet worden, um der Lehrerschaft Hilfe zukommen zu lassen. Dieses Modellprojekt bestehe seit dem Sommer, habe sich mit bewährt, so dass die beiden Schulsozialarbeiter im Schulbetrieb nicht mehr wegzudenken seien. Es habe viele neue

## **Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015**

Gedankengänge gegeben und es seien schon gute Kontakte zu den Eltern aufgebaut worden. Bereits in der zurückliegenden kurzen Zeitphase habe das Projekt zu einer Verbesserung der Grundstimmung an der Schule geführt. Alle Beteiligten fühlten sich gestärkt in dem was sie tun und das Projekt finde großen Anklang in der Schule. Ein solches Projekt sei nicht nur für die Westerburgschule, sondern auch für andere Grundschulen wichtig. Denn die Probleme um die es gehe, würden nicht erst in den weiterführenden Schulen auftreten, sondern die gebe es auch schon in den Grundschulen und daher sei es wichtig, dass an der Basis gehandelt werde.

**Frau Meinen** bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für dieses tolle Projekt und die bisher erbrachten Ergebnisse. Sie wünscht weiterhin viel Erfolg und richte auch einen Dank an Herrn Cords.

**Frau Engelberts** führt aus, dass gestern im Arbeitskreis zum Thema Flüchtlingskinder bei der Bildungsregion Ostfriesland, in dem alle vier Gebietskörperschaften vertreten seien, über ähnliche Probleme an Schulen gesprochen worden sei. Es sei insbesondere auch die Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten, gerade im Grundschulbereich, Sprachlernklassen und Dolmetscher angesprochen worden. Für die Schulen sei es enorm wichtig die Sprachbarrieren zu überwinden und einen entsprechenden Ansprechpartner zu haben, wenn es z. B. um die Antragstellung gehe. Man habe mit sehr vielen Ämtern z. B. dem Jugendamt, dem Sozialamt, der Wohnungshilfe und dem Gesundheitsamt zu tun und da würden sich die Schulen auch Unterstützung wünschen.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, an der Veranstaltung, die Frau Engelberts gerade erwähnt habe, sei Frau Szag für die Stadt Emden vor Ort gewesen. Die Kita-Kooperation sei sicherlich ein Thema, worauf nochmals geschaut werden sollte und dies werde in Rücksprache mit Herrn Cords auch nicht vergessen. Beim Thema Sprachlernklassen müsse leider gesagt werden, dass eine Antragstellung möglich sei, allerdings unklar sei, ob eine Zusage erfolge. Es stelle sich deshalb die Frage, wenn keine Zusage erfolge, was dann passieren solle. Werde nur zugesehen oder unterstütze man die betreffende Schule. Das Bestreben seitens des Fachbereiches sei klar definiert, man wolle das Land nicht aus der Verantwortung lassen. Gleichzeitig brauche es aber Systeme an den Schulen, mit denen die Schulen auch klarkommen. Dazu diene auch dieses Projekt. Wie bereits im letzten Jugendhilfeausschuss mitgeteilt worden sei, sei der Fachbereich aufgrund erfolgter Haushaltsmittelübertragungen in der Lage gewesen, einige Projekte ins Leben zu rufen. Dies sei ein Projekt davon. Es müsse aber Klarheit darüber bestehen, wenn gewisse Projekte fortgeführt werden sollen, wie die Fortführung umgesetzt werden könne. Im bisherigen Projektverlauf habe aufgrund von –vereinzelt auch speziellen- Anfragen das Thema Inklusion eine Rolle gespielt. So sei in einem Einzelfall von allen Beteiligten ein System für die Beschulung eines Schülers ohne Zusatzpersonal ausgearbeitet worden. Was das Thema Sprachlernklassen angehe, müsse auch bedacht werden, ob seitens der Stadt Handlungsbedarf bestehe für den Fall, dass nicht an allen Schulen vom Land eine Genehmigung erhalten. Die Verwaltung werde der Politik dazu Vorschläge unterbreiten. Herr Sprengelmeyer geht weiterhin darauf ein, dass letzte Woche bei einer Veranstaltung in der VHS das Thema Dolmetscher behandelt worden sei. Die Veranstaltung habe zum Thema Trauma, Flucht, Asyl in Zusammenarbeit mit der Bremer Institution Refugio stattgefunden. Am 17.02.2015 finde die dritte und letzte Veranstaltung statt und dazu seien alle herzlich eingeladen. Ziel sollte sein, eine Dolmetscherliste zusammenzustellen, auf die eine Einrichtung oder auch die städtischen Stellen zügig zugreifen könnten. Das Thema Honorar müsse hierbei sicherlich mit bedacht werden. Dies müsse auch auf politischer Ebene besprochen werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015

### TOP 9

#### Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Sprengelmeyer** geht auf die anstehende Kinder- und Jugendmesse „Positive Welle“ ein. Die Messe Positive Welle sei hervorgegangen aus der Überlegung und dem Auftrag des Rates an die Verwaltung, aus dem Aufgabenfeld „Frühe Hilfen“ einmal aufzuzeigen, welche Akteure, Netzwerke und Angebote es in Emden gibt. Im Laufe der Zeit sei deutlich geworden, dass es nicht ausreichte, aufzuzeigen, welche Hilfen es im Rahmen der frühen Hilfen gebe, sondern, dass es angezeigt sei, zu verdeutlichen, was relevant in Emden zum Thema „Aufwachsen und Lernen“ sei. Aus den ersten Schritten der Koordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ habe sich ein Umfang ergeben, mit dem nicht gerechnet worden sei. Die Veranstaltung finde am 27. und 28.02.2015 in der Nordseehalle statt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereiches sowie die Fachdienstleitungen würden vor Ort sein und für Informationen zur Verfügung stehen. Nach derzeitigem Stand würden die Räumlichkeiten der Nordseehalle nicht ausreichen. Man überlege daher, die naheliegenden Schulen mit einzubeziehen, weil alleine über 60 Vorträge, Workshops und Fachforen vorgesehen seien. Das Zusammenspiel mit Emdener Organisationen, Vereinen und Verbänden sei imposant. Er bitte aber im Vorfeld um Verständnis, wenn nicht alles wie geplant funktionieren sollte, denn es handle sich um die erste Veranstaltung dieser Art und es müsse mit geringen finanziellen Mitteln ausgekommen werden.

Herr Wagenaar werde den Auftaktabend am 27.02.2015 organisieren und bekomme Unterstützung bei der Moderation von Herr Thünemann, mit dem die Stadt im Rahmen Kinderwohlfährdung Fachforen durchgeführt habe. Gleichfalls seien weitere Freiwillige dabei, wie z. B. Engelbert Sommer, die ehrenamtlich mitarbeiten würden. Ebenso sollten auch die Fraktionen eingebunden werden. Am Ende sei eine Evaluation mit den Ausstellern, Besuchern, Kindern, Jugendlichen, Familien und auch den Fachleuten vorgesehen, um Erkenntnisse aus der Veranstaltung zu ziehen und um zu überlegen, ob die Veranstaltung in einem regelmäßigen Turnus von z. B. zwei oder drei Jahren stattfinden sollte.

**Frau Szag** macht Ausführungen zum rechtlichen Part ihres Tätigkeitsbereichs Inklusion. Wie bereits berichtet worden sei, sei die Stadt Emden als eine der Modellkommunen ausgewählt worden im Rahmen einer Konnexitätsklage „Inklusion in Schulen“ gegen das Land Niedersachsen. Es treffe nicht zu, dass die Klage zurückgezogen worden sei, wie es die Presse berichtet habe. Die die Stadt Emden vertretende Rechtsanwaltskanzlei habe allerdings vorgeschlagen, eine Vereinbarung zu schließen und das Verfahren gegen das Land Niedersachsen vor dem Staatsgerichtshof ruhen zu lassen. D. h. die Stadt warte erst einmal ab, ob diese Vereinbarung - wie geplant und für alle Beteiligten akzeptabel - realisiert werde. Der Stadt liege ein Vereinbarungsentwurf vor, der über die kommunalen Spitzenverbände im Verhältnis zum Land noch genauer verhandelt werde. Frau Szag geht auf einige finanzielle Aspekte zu baulichen Maßnahmen im Bereich Inklusion sowie im zum Bereich Inklusionsfachkräfte u. ä. näher ein. Der bauliche Bereich solle langfristig, ohne dass eine Frist genannt sei, finanziert werden. In diesem Zusammenhang stehe ein Betrag von 180.000 € für die Stadt Emden im Raume. Erwähnungswert aus der Vereinbarung sei des Weiteren, dass evtl. auch eine Anpassung der Gesamtkostenpauschale erfolgen könne, wenn es größere Abweichungen gebe als bisher bekannt sei. Weiterhin sei zu erwähnen, dass die Unterstützung der schulischen Inklusion für die Stadt Emden ab 2016 – 2018 mit ca. 60.000 € beziffert werden könne. Dies solle eine systemische Unterstützung der Schulen durch nicht lehrendes Personal sein. Das Land solle sich verpflichten, im Rahmen eines pädagogischen Gesamtkonzepts die gemeinsame Beschulung sicherzustellen, um den Einsatz von sogenannten Integrationshelfern zu verringern. Festzuhalten sei, dass diese Inklusionspauschale nicht der Finanzierung von Einzelfallhelfern bzw. Integrationshelfern diene, die im Rahmen von SGB XII über das Sozialamt oder SGB VIII übers Jugendamt als Einzelfallhelfer direkt für ein Kind auf Antrag zur Verfügung gestellt würden. Vielmehr sei diese Pauschale für andere Maßnahmen gedacht. Zur Thematik Vereinbarung habe man sich vorgenommen, im ersten Halbjahr 2015 folgende Punkte zu bearbeiten, z. B. ungeklärte Fragen in Sachen soziale Arbeit an Schulen, EDV-Ausstattung an Schulen, Mittagsverpflegung in Ganz-



## **Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.01.2015**

tagsschulen und noch weitere Punkte. Das alles in einem halben Jahr zu schaffen, sei eine anspruchsvolle Arbeit. Es bleibe abzuwarten, wie sich die Angelegenheit weiter entwickle.

### **TOP 10**           Anfragen

**Frau Weber-Trappiel** fragt an, wie es mit der Betreuung der 5., 6. und 7. Klassen angedacht sei und ob eine Bedarfsanalyse erfolgt sei. Wenn z. B. nach der 4. Stunde eine AG ausfalle, ob dann die Schüler ohne Wissen der Eltern einfach nach Hause gingen.

**Herr Fooken** gibt zur Kenntnis, dass beim Spielplatz im Neugebiet Wybelsum, Okkewehrstraße, Spielgeräte abmontiert worden seien und fragt an, ob diese wieder neu aufgebaut werden. Durch den Abbau seien große Pfützen entstanden, die zu einer Gefährdung für die spielenden Kinder führen könnten. Daher bitte er um Prüfung der Angelegenheit.

**Herr Sprengelmeyer** antwortet hinsichtlich der Frage von Frau Weber-Trappiel. Eine umfassende Abfrage an den weiterführenden Schulen sei bisher nicht erfolgt. Er werde aber wohlwollend darüber nachdenken und beim nächsten Termin mit den Schulleitern mit einbringen. Bezüglich der Frage in Zusammenhang mit dem Ausfall einer AG äußert Herr Sprengelmeyer, dass keine Berührungspunkte zur Stadt gegeben seien; das sei Angelegenheit der Schule. Hinsichtlich des Spielplatzes in Wybelsum werde er eine Kontrolle veranlassen.

**Frau Meinen** merkt an, dass in der heutigen Sitzung wieder viele Themen besprochen worden seien, die auch den Schulausschuss angehen würden. Daher sollte darüber nachgedacht werden, ein bzw. zweimal im Jahr eine gemeinsame Ausschusssitzung durchzuführen.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, es sei darüber nachgedacht worden, den Vortrag von Herrn Cords im Schulausschuss vorzutragen. Man habe sich dann aber trotzdem entschieden, den Vortrag im Jugendhilfeausschuss zu präsentieren, da der Schulausschuss regelmäßig viele Tagesordnungspunkte behandle. Sollte man sich entscheiden, mehrmals im Jahr eine gemeinsame Sitzung durchzuführen, sei zu bedenken, dass in diesen gemeinsamen Sitzungen aufgrund der sondergesetzlichen Stellung beider Ausschüsse keine Beschlüsse gefasst werden könnten.

**Frau Engelberts** könne sich den Worten von Frau Meinen anschließen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.